

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Drahtschiff: Tagesblatt Riesfa.
Genuss Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1809
Circulasse Riesfa Nr. 52.

Nr. 88.

Donnerstag, 16. April 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und in voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für 200 Zeilen 10 Mark, wenn der Betrag verläßt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage: „Zugler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesfa.

Die Parteien und die Reichspräsidentenwahl.

SPD. In den Kreisen der Parteiführer des Reichstages herrscht im Gegensatz zu der außerordentlich starken Zurückhaltung des Reichspräsidenten Dr. Luther gegenüber den Ausschüssen der Reichspräsidentenwahl eine überaus zuverlässige Stimmung. In vorderster Linie sind es die Deutschnationalen, die an dem Ergebnis des 26. April am stärksten interessiert sind und die davon ihre weitere Haltung zur Regierungspolitik im Reich abhängig machen werden. Von deutschnationaler Seite wird unumwunden erklärt, daß man sich nicht vorstellen könne, wie eine rechtsorientierte Regierung mit einem Reichspräsidenten Marx zusammenarbeiten könne. Wenn Marx gewählt werde, so bedeute dies die Rückkehr der deutschnationalen Partei zur Opposition. Obwohl es die deutschnationalen Partei selbst kaum darauf anlegen würde, aus der Reichsregierung auszuscheiden, so könne man doch voraussehen, daß das Zentrum mit Nachdruck daran arbeiten würde, eine andere parlamentarische Konstellation im Reichstage herbeizuführen. Im umgekehrten Falle würde die Regierungspolitik durch eine Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg sich sehr stark nach rechts orientieren, und die rechtsbürgerliche Front würde dann zweifellos stark genug sein, um den kabinetspräsidenten des linken Zentrumsflügels Stand halten zu können.

Die sozialdemokratischen Führer lassen durchblicken, daß man an einem Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten Marx in erster Linie nur zu dem Zweck interessiert ist, damit die Auslieferung der einflussreichsten Reichspositionen im Reich an die monarchistischen Kreise der Rechten verhindert werde. An eine Wiederherstellung der großen Koalition im Reich könne die Sozialdemokratie vorläufig nicht denken; denn die Rechtsorientierung der Deutschen Volkspartei verbiete von selbst ein Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei innerhalb eines Reichskabinetts. Auf absehbare Zeit hinaus würden sich die Sozialdemokraten von der Reichsregierung fernhalten, zumal das Beispiel der englischen und französischen Sozialisten beweise, daß es für die sozialistischen Richtungen am vorteilhaftesten sei, in der Rolle einer isolierten und schließlichen Opposition auszuweichen. Dagegen sei aber die Sozialdemokratie entschlossen, in Preußen unter allen Umständen an der bisherigen Regierungspolitik festzuhalten.

Was die Demokraten anbetrifft, so versprechen sie sich von einem etwaigen Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten Marx außerordentlich viel. Die demokratischen Führer sind der Auffassung, daß schon die außerpolitischen Probleme die Regierung Luther dazu zwingen würden, eine Rekonstruktion ihrer parlamentarischen Basis vorzunehmen. Wenn dann die Deutschnationalen darauf bestehen sollten, ihren bisherigen Einfluß auf die Regierungspolitik im Reich behaupten zu wollen, dann könne von einem Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung niemals die Rede sein. Ein geschickter Reichspräsident wie Marx würde in einem solchen Falle sehr wohl wissen, welche Schritte er zu unternehmen habe. Einen Sieg Hindenburgs halten die Demokraten für ganz unwahrscheinlich und betonen, daß für sie in einem solchen Falle kaum irgendeine Möglichkeit bestehe, aus der gegenwärtigen Opposition herauszuweichen. Vielmehr müßten die Demokraten ihre oppositionelle Haltung verstärken, um größeres Ansehen für die deutsche Demokratie zu verhüten.

Von volksparteilicher Seite erfahren wir, daß zwischen den hinter der Regierung stehenden Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, bestimmte Vereinbarungen über die Sicherung der Regierungsbasis getroffen worden seien. Die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei seien zweifellos bereit, in das gegenwärtige Kabinett Luther einzutreten, wenn etwa das Zentrum abstrinieren sollte. Ein Sieg der Kandidatur Hindenburg würde die nationalen Kräfte außerordentlich härten und für die Gestaltung der deutschen Politik von größter Bedeutung sein.

Aus Zentrumskreisen wird die Ansicht laut, daß die Auffassung der Kandidatur Hindenburg als ausgesprochene Kampfkandidatur gegen Marx die härteste Belastungsprobe darstelle, vor die jemals das Zentrum gestellt worden sei. Es sei kaum anzunehmen, daß die Zentrumspartei in der Lage sein werde, den Konsequenzen auszuweichen, die sich aus einem etwaigen Siege des Rechtskandidaten Hindenburg ergeben würden. Der Austritt aus der Regierung sei infolgedessen wahrscheinlich, als das Zentrum es ablehnen müsse, die Mitverantwortung für die außerpolitischen Folgen zu tragen, die eintreten würden, wenn am Vorabend der Verhandlungen über die Räumungs- und Sicherheitsfrage das demokratische Deutschland eine entscheidende Niederlage erleiden würde. Das Zentrum denke oder nicht daran, eine ausgesprochene Oppositionspolitik zu treiben.

Volkbildungsminister Dr. Kaller über Hindenburg.

Dresden, 15. April. Der sächsische Volkbildungsminister Dr. Kaller wendet sich in der Deutschen Allgemeinen Zeitung gegen die Legende, daß Hindenburg die Republik hüten wolle, mit folgenden Ausführungen: „Wenn der deutsche Mensch eine Gefahr droht, so liegt diese nur dann vor, wenn sie fortfähre, wie sie dies in vergangenen Jahren leider nicht ohne Geschick getan hat, sich Feinde in den Reihen des eigenen Volkes zu schaffen, sich in den Augen der Volksgenossen zu diskreditieren, die die Träger der nationalen Wirtschaft und der nationalen Ideen sind; und diese Feinde gibt es in allen Schichten unseres Volkes. Die Führung des Staates durch eine reine, unantastbare Persönlichkeit, deren Reichtum die Pflicht

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Eine Programmrede des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus.

von Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um den Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums zu besprechen. Vor Eintritt in die eigentliche Haushaltsberatung ergiff der

Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus das Wort zu einwöchigen programmatischen Ausführungen, in welchen er die sachlichen Probleme seines Ministeriums zusammenfaßte.

Es seien in der Hauptsache zwei Gruppen von Schwierigkeiten, welche dem Fortkommen unserer Wirtschaft entgegenständen:

1. die mannigfachen Folgeerscheinungen der Kriegswirtschaft und Nachkriegsbeschwerden; 2. die äußeren wie inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die aus dem Weltmarkt resultierten.

Die Regierung sei sich darüber klar, daß die Folge von Aus- und Einfuhrverboten sobald wie möglich beseitigt werden müßten. Die verlorebenen Absatzverhältnisse könnten aber in erster Linie nicht mehr durch billige Konkurrenzwaren, sondern nur mit höchsten Qualitätswaren, insbesondere gegenüber amerikanischer Konkurrenz wieder aufgebaut werden. Für unsere Handelspolitik ergäbe sich daraus, daß der Zeitpunkt für Dauermaßnahmen noch nicht gekommen sei. Unter neuer Justiz müsse daher vorerst eine elastische Anpassung an die jeweils erreichten Umverhältnissen ermöglicht werden. Aus dieser und anderen handelspolitischen Erwägungen müssen wir vor allen Dingen an dem Grundsatz der gegenseitigen Reichsbegünstigung festhalten.

Der Minister ging dann auf die Pariser Sachleistungsverhandlungen ein, deren Abbruch noch in diesem Monat zu erwarten sei. Das umfangreiche Reglement enthalte einen Ausnahmefall des Gedanken, die eine antikonominische Wirkung der Sachleistungen für die beteiligten Staaten verhüten solle.

Bei der Durchführung des Industriebeschleunigungsgesetzes habe sich gezeigt, daß das Betriebsvermögen der belasteten industriellen Unternehmungen die veranschlagte Summe von rund 30 Milliarden übersteige. Es konnte daher der Anteil der Belastung am Betriebsvermögen der einzelnen Unternehmungen von 17,1 auf 5,8 Prozent herabgesetzt werden.

Sehr bedeutend sei die Schaffung der inneren wirtschaftlichen Voraussetzungen für unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt nach drei Gesichtspunkten hin: In Hinsicht auf die Qualität, die Lieferungsbedingungen und den Preis. Dabei werde man freilich nicht verkennen dürfen, daß Taylorismus und Fordismus typisch amerikanisch sind und nicht ohne weiteres für uns Deutsche paßten. Die Frage der Qualitätsarbeit sei vor allem eine Frage der Erhaltung und Ergänzung unseres Arbeiterstandes. Es müsse sich aber auch beim Reichstag der Bedanke durchsetzen, daß Lohnforderungen und soziale Forderungen in unserer gegenwärtigen Lage nur dann tragbar sind, wenn sie nicht zu einer Erhöhung der Preise führen. Die Reichsregierung werde demnach den Entwurf eines Vermögensbildungsgesetzes vorlegen, das allgemein die berufliche Ausbildung Jugendlicher regelt.

Die wichtigste Voraussetzung für unsere Konkurrenzfähigkeit liege in der Preisgestaltung, die, wenn sie heute noch zu hoch ist, teilweise auch auf der wirtschaftlich völlig falschen Einstellung beruhe, daß es besser sei, ein geringes Warenquantum teurer als ein größeres billig zu verkaufen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Wirtschaftsreformers sei es, bei allen Fragen der Steuern, Finanzen, Verkehrs- und Sozialpolitik immer erneut zu betonen, daß der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Erhaltung der deutschen Konkurrenzfähigkeit überall Geltung erhalten müsse, selbst dann, wenn die Betätigung dieser Gesichtspunkte, wie in der Aufwertungsfrage, nicht gerade populär sei.

Damit kam der Minister auf das große Problem der Neubildung des geschwundenen Betriebskapitals unserer Wirtschaft, und bis dies gebildet ist, der Verlorenung unserer

Wirtschaft mit fremden Kapitalien zu sprechen. Zur Anregung der Sparer, nach den Erfahrungen, die sie in der Inflationszeit gemacht haben, seien außerordentliche Anreizungen erforderlich. Eine Sparhülle des Deutschen Volkes, die Versicherungen, gewannen allmählich wieder in größeren Bevölkerungskreisen an Boden. Auch zahlreiche ausländische Gesellschaften hätten in den letzten Wochen ihre Zulassung zum Geschäftsbetrieb in Deutschland wieder beantragt. Wenn auch die angesammelten Prämien noch gering seien, so tauche doch schon die Frage auf, wie für die Befriedigung langfristiger Kreditbedürfnisse, insbesondere der Landwirtschaft, zu nutzen.

Aber alle hoffnungsvollen Anlässe innerer Kapitalbildung dürften nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir für die nächste Zeit noch in erheblichem Umfang auf das Heranziehen ausländischen Kapitals angewiesen blieben. Deshalb müßten auch unsere Reichsbankdiskont- und unsere Privatinstanzen für eine noch höher liegende als die Höhe des Auslandes. Dies gelte um so mehr, als im Augenblick ein hartes Nachlassen der Kreditgewährung seitens der kapitalkräftigen Länder in unserer Wirtschaft zu verzeichnen sei. Amerika neige augenblicklich dazu, nach einer etwas überhöhten Kreditgewährung zu einer ebenso überhöhten völligen Kreditperre zu schreiten.

Die Passivität unserer Handelsbilanz mit rund 4 Milliarden seit dem 1. Januar 1924 und die Steigerung des Devisenbestandes der Reichsbank um 1,8 bis 1,7 Milliarden biete einen schematischen Anhaltspunkt für die Höhe der neu und wieder heranzuziehenden Auslandskredite.

Die Steigerung der deutschen Einzahlungen sei eine notwendige Folge des Heranziehens fremden Kapitals. Man frage sich vergebens, wie die Kreditnehmer sich die spätere Abdeckung dieser Kredite, insbesondere soweit sie kurzfristig gezeichnet sind, in dem Maße vorstellten, daß das Ausland einmal aus irgendwelchen Gründen diese Kredite plötzlich zurückziehe. Schwierigkeiten für die Währungsentscheidungen bei dem augenblicklichen Devisenbestandes der Reichsbank nicht. Daher aber der einzelne Betrieb die Mittel nehmen wolle, um die Devisen zu kaufen, sei eine leider oft übersehene Frage. Mit innerer Kreditgewährung dürfe in einem solchen Ausmaß nicht gerechnet werden, da die Reichsbank ihre Mittel zum Zwecke der Währungsstabilisierung zusammenhalten müsse.

Zum Schluß seiner Ausführungen gedachte der Reichswirtschaftsminister auch des Entwurfs zum endgültigen Reichswirtschaftsreformgesetz, welcher zurzeit fertiggestellt wurde.

Nach der Rede des Ministers Neuhaus wies der Berichterstatter Abg. v. Hammer (Dsp.) darauf hin, daß der vorliegende Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums der erste sei, der wieder mit festen Zielen arbeite. Der Berichterstatter gab der Meinung Ausdruck, daß dem Verlorenung im Reichswirtschaftsministerium gegenüber werden müsse. Viele Verhandlungen müßten zuerst in fremden Hauptstädten vorgenommen werden, es sei aber auch notwendig, in der Berliner Zentrale Sachverständige für diese Länder heranzuziehen zu lassen. Im übrigen verwies der Berichterstatter auf die Notwendigkeit, die Arbeiten des Reichsministeriums für die Wirtschaftlichkeit im Interesse der Verbesserung unseres wirtschaftlichen Wirkungsgrades durch Erweiterung wesentlich erhöhter Mittel zu fördern.

Der Mitberichterstatter, Abg. Robert Schmidt (Dsp.), bemängelte die übermäßigen Preisfestsetzungen, wie sie jetzt in Deutschland gebräuchlich seien. Er wendete sich dann der Lohnpolitik der deutschen Unternehmer zu, die den Arbeitnehmern kaum mehr ein Existenzminimum sichere und zu verhängnisvollen Folgen führen könne. Die Subventionierung der Berufenen helfe nicht den richtigen Weg dar, um zur wirtschaftlichen Heilung zu gelangen. Deutschland sei mit Berufenen überfüllt, es bleibe daher nur übrig, einige Berufenen auf andere Betriebsformen umzustellen. Hierauf vertagte sich der Ausschuss auf Donnerstag.

gegenüber der Gesamtheit des deutschen Volkes ist, kann der deutsche Republik nur zum Vorteil gereichen.

Ferner schreibt Dr. Kaller über die unwürdige Gangeschere mit der Meinung des Auslandes: „Es gab einmal einen Mann, namens Bismarck, der sagte, daß der Appell an die Furcht noch niemals einen Widerhall im deutschen Herzen gefunden habe. Das ist lange her, aber wäre jetzt wieder zeitgemäß. Denn die Zeitungen des Marx-Blocks berichten bereits jetzt, unmittelbar nach Aufstellung Hindenburgs, von den französischen Sorgen über diese Tatsache. Mag sein, daß das Ausland sich mehr über eine Wahl Marx freuen würde. Das ist für einen Deutschen kein Grund, ihn zu wählen oder von der Wahl fern zu bleiben. Denn nicht an der Freude des Auslandes, sondern an der Achtung des Auslandes vor unserer nationalen Würde ist uns gelegen, und diese wahrt ein Volk, wie das deutsche, am besten dadurch, daß es in seinem eigenen Hause Ordnung schafft, so, wie es selbst es für richtig hält.“

Hindenburg wird sprechen.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird Generalfeldmarschall v. Hindenburg im entscheidenden Stadium des Wahlkampfes ebenfalls persönlich hervortreten und programmatische Erklärungen abgeben. Nur Zeit ist

in Aussicht genommen, daß Hindenburg nur in Hannover, München und Berlin sprechen wird. Die größte und bedeutendste Rede Hindenburgs dürfte in Berlin gehalten werden. Aber auch der bevorstehenden Münchener Rede des greisen Feldmarschalls kommt eine große Bedeutung zu.

Östpreussische Kundgebungen für Hindenburg.

Berlin. Als Gegendemonstrationen zu der Wahlrede des Präsidentschaftskandidaten Marx in Königsberg werden die nationalen Verbände in Ostpreußen große Kundgebungen für Hindenburg veranstalten. Diese Kundgebungen, die voraussichtlich schon am Sonntag stattfinden werden, sind insbesondere als Demonstration für einen nationalen Regierungskurs im Reich und in Preußen gedacht.

Empfang bei Hindenburg.

Berlin. Vom Reichsblock wird mitgeteilt: Am Sonntag abend findet in Hannover ein Empfang statt, zu dem der Reichsblock Vertreter der aus- und inländischen Presse und Vertreter der Wahlkreisausschüsse in größerem Umfang einladet. Auf diesem Empfangsabend wird Generalfeldmarschall von Hindenburg eine vollständige Rede halten.